







# Reichh., best. sort. Auswahl mod. Handarbeiten

vorgezeichnet, angefangen u. fertiggestickt, Gobelins, Kclims, Smyrna, Durchbruch, grosses Stofflager, echte Garne.

# Grosses Sortiment leichter Kinderarbeiten

sehr preiswert.

Mützen-Wolle, Jacken-, Shal- und Straussen-Wolle, Decken-Wolle nur in bester Qualität zu billigsten Preisen.

G. Hoffmann Inh.: Bernhard Taitza. Markt 19.

# Ritter

Flügel Pianos

1911

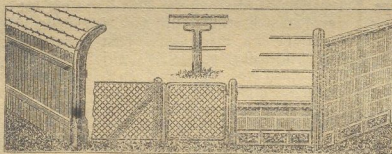
Weltausstellung-Turin-Grand Prix

Filiale Merseburg, Ober Burgstr., Vertr. Rud Eckert

Die beste u. billigste Einfriedigung für alle Zwecke sind

## Betonpfosten u. Zementdielen.

Eisen rostet.



Holz faul!

∴ Betonpfosten sind unverwüsthch. ∴

A. Röttcher, Zementwaren-Fabrik,  
Gutenbergstrasse 13.

Ein solch gutes Mittel gegen **Wunden**

wie Zuder's „Saluderna“ habe ich noch nie kennen gelernt. Mein Arm war stark vereitert. Nur zweimalige Anwendung von „Saluderna“ beseitigte sofort die Entzündung u. Eiterung. „Solene Stöhr.“ Dose 60 Pf. u. 1 Pf. (stärkste Form) bei H. Kupfer u. W. Kiesel, Droge.

**Gardinen-Spannen**  
(auch zum Waschen) nimmt an  
G. Weber, Plätterin,  
Obere Breite Strasse 23.

**Söpfe, Puppenrücken**  
von ausgetümmter Damenhaar  
fertigt an J. Reich, Friseur,  
Hohmarkt 2.

Größtes Atelier. — Photographie Rud. Arndt, Merseburg a. S.,  
Vorzüglich eingerichtet. Gotthardstr. 42.

# Aussergewöhnl. billig. Verkauf

der letztwöchentlichen Neueingänge in hervorragend schönen Damen-Mänteln, Kostümen, Ulster, Röcke, Blusen, Ball- und Gesellschafts-Kleidern, Kinder- und Mädchen-Paletots.

# Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8.

Aufmerksame Bedienung.

Mässigste Preise.

## Karl Jänzer

Adolf Schäfers Nachfolger  
Merseburg. Entenplan 7.

Spezial-Geschäft für

Leinen- und Baumwollwaren,  
Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche,  
Bettfedern und Betten.

Solide Qualitäten.

Fernspr. 259.

Grosse Auswahl.

Durch grosse Abschlüsse empf. bill.

in nur 1a. Qualitäten:

Kunstpuckerhonig	Pfd. 28 Pfg.
Kunstmarmelade, gemischte	Pfd. 28 Pfg.
Kunstmarmelade, 5 Pfd.-Eimer (Emaille)	120 Pfg.
Marmelade mit Himbeer	Pfd. 40 Pfg.
Rübensaft 1a.	Pfd. 18 Pfg.
Kaisersaft 1a. hell	Pfd. 20 Pfg.

**Hülsenfrüchte** nur gutkochende 1a. Qualitäten.

Linsen	Pfd. 24 22 20 15 Pfg.
Bohnen, weisse	Pfd. 20 Pfg.
Erbsen, grosse, mit Hülsen	Pfd. 18 Pfg.
Erbsen, ohne Hülsen	Pfd. 25 22 Pfg.
Erbsen, grüne	Pfd. 20 Pfg.

Ferner:

Schweineschmalz, gar. rein	Pfd. 70 Pfg.
Schweineschmalz, mit Gewürz, ungebraten	Pfd. 90 Pfg.
Heringe	Stck 8 7 6 Pfg.
Grosse Eier	Mandel 110 Pfg.

5 % Rabatt in Marken.

Tel. 4/4. Otto Dorn, Markt 7.

Erste Beilage.

Die Eröffnung der Hanfwoche.

Berlin, 12. Nov. Nach dem Vorbild des Bundes der Landwirte veranstaltet der Hanfband am ersten Male in Berlin eine Hanfwoche, die am Montag mit einer Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten...

Deutschland.

Wahlbefähigungsgesetz einbezogen und daß das vom Urteil aller Sachverständigen zu bringende notwendige Paragrafenungsgesetz dem Landtag vorgelegt wird.

Wenn sich die Agrarier mit den Absichten der Fortschrittspartei befassen, so kommt immer ein unangeneim Zeug heraus; das unangenehme in dieser Beziehung ist die "Deutsche Tageszeitung" in ihrer Haltung gegenüber den Plänen der Fortschrittspartei hinsichtlich des Wahlrechtsmandates im Wahlkreise Teltow.

Die neue Kaiserwahl. Die viel umstrittene Frage eines Ersatzes für die "Kaiserwahl", "Hohenollern" soll jetzt entschieden sein. Die erste Male von 5 Millionen Mark für den Staat...

den Reaktionen, der nach Zeitungsberichten über seine eigene Parteipolitik folgendes schrieb: "Die täglich sich häufenden Einbrüche des Böses der Götter und Götter, unter dessen zermalmenem Wucht alle Ideale von vornherein schmählich zerrieben werden...

(Aus Deutsch.-Südwestafrika) wird gemeldet, daß die in Gibeon gegen die kürzlich von der Schutztruppe an der Gibeon gegen Deutsch-Südwestafrika aufgegriffene eskabirige Bande von Kopferleuten geführte Untersuchung schwer beladene Material zutage förderte.

Volkswirtschaftliches.

Für die Stadt Koburg hat im Einverständnis mit dem Reichsfinanzler der preussische Vandalismus die Aufsicht über die Zulassung der Einfuhr von niederländischen, lombardischen Wein abgelehnt, d. h. er hat die Durchfuhr durch Preußen nicht genehmigt.

Die Wirtenschaft der deutschen Diplomatie. Das Schicksal hat die Erhebung von Straßburg für die Späteren und die Straßburger Verträge wegen der hierfür nach amerikanischer Ansicht gezahlten Aufsubventionen...

Der Deutsche Ostmarkenverein

Am Sonntag in Berlin seine diesjährige Gesamtsitzung ab. Der Vorsitzende des Vereins, Major v. Tiedemann-Seeheim, eröffnete den Vorstandsbereich. Der Ostmarkenverein hat seine Mitgliederzahl auf 54 600 erhöht.

Schließlich folgte der Antrag angenommen: Der Ostmarkenverein erkennt in der Anwendung des Einigungsgesetzes den Einfluß der Regierung, die für die Förderung der deutschen Sache im Osten so segensreiche Anbahnungswert fortzuführen...

Schloß Brunneck.

Roman von Clarissa Solbe.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) "Mit so fertig, Mama?" "Frage jetzt eine jugendliche Mädchenstimme aus dem anstößigen Zimmer. Die Baronesse warf einen raschen Blick nach der im Türschwelle sitzenden Gestalt der Tochter. Unwillkürlich lächelte sie heftig. Die Tochter des jungen Mädchens betriebe sie. Baroness Sophie gab ihren Anlaß nach so wenig auf diese. Heute aber sah sie in dem hübschen Sommerkleide, als einzigen Schmuck eine kostbare Brillantnadel im schwarzen Haar, ungemein vornehm aus."

geren Wanne so teuer geworden, daß dieser nicht mehr ohne seinen Platz, seine bewährte Freundlichkeit auskommen konnte. Obwohl der Fürst gegen diese seltene Freundschaft seines Sohnes mit einem hinworfenden innerlich so manches einzuwenden hatte, war er doch recht herzlich geneigt, um den Wert des jungen Gelehrten zu erkennen und sich bemüht zu sein, wie viel Herbet dessen Leitung verdankte.

wenn er auch wohl fühlte, daß seine Neigung zu Sophie mehr eine geschwisterliche, als die ferne und die Seele ausfüllende eines Liebens war. Aber die Gründe, die ihm der Vater vorgehalten, überzeugten ihn, daß er nach jeder Richtung hin keine bessere Wahl treffen könne.

(Fortsetzung folgt.)













# Correspondent.

**Abzugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Abzug von werten Ausgaben: bei Bestellung ins Haus durch unsere Vertreter in  
und auf den Gebirgen außerhalb Deutschlands: durch die Post 1,20 RM außer 42 Pf.  
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit am Sonntage nachmittags.  
— Mehrere Originalabnahmen ist nur mit besterlicher Genehmigung gestattet.  
— Abzüge unentgeltlicher Entlohnungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
6 seilig. illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsblatt  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis:** für die erste Zeile bis zum Ende der ersten Woche 10 Pf., für die zweite bis zur dritten Woche 8 Pf., für die vierte bis zur fünften Woche 6 Pf., für die sechste bis zur achten Woche 5 Pf., für die neunte bis zur zehnten Woche 4 Pf., für die elfte bis zur zwölften Woche 3 Pf., für die dreizehnte bis zur vierzehnten Woche 2 Pf., für die fünfzehnte bis zur sechzehnten Woche 1 Pf., für die siebenzehnte bis zur achtzehnten Woche 1 Pf., für die neunzehnte bis zur zwanzigsten Woche 1 Pf., für die einundzwanzigste bis zur dreißigsten Woche 1 Pf., für die vierundzwanzigste bis zur fünfundzwanzigsten Woche 1 Pf., für die sechsundzwanzigste bis zur siebenundzwanzigsten Woche 1 Pf., für die achtundzwanzigste bis zur neunundzwanzigsten Woche 1 Pf., für die dreißigste bis zur vierzigsten Woche 1 Pf., für die vierundzwanzigste bis zur fünfzigsten Woche 1 Pf., für die fünfundzwanzigste bis zur sechzigsten Woche 1 Pf., für die sechsundzwanzigste bis zur siebenzigsten Woche 1 Pf., für die siebenundzwanzigste bis zur achtzigsten Woche 1 Pf., für die achtundzwanzigste bis zur neunzigsten Woche 1 Pf., für die neunundzwanzigste bis zur hundertsten Woche 1 Pf.

Ar. 268. Donnerstag den 14. November 1912. 39. Jahrg.

## Die serbische Gefahr.

Darüber ist man sich ja nun einig, daß die Türkei in Europa aufhören soll. Aber wie die Städte aussehen werden, in die sie auseinander genommen wird, das ist der große Streitpunkt. Und darüber zerbrechen sich jetzt die Diplomaten die Köpfe — dieselben Diplomaten, die die Ereignisse fast niemals voraussehen und sich auch beim Balkanostreit so gründlich wie nur möglich blamiert haben, die aber nach den vollzogenen Taten schamlos aus ihren Schlupfwinkeln hervorkriechen und die Geschichte ihrer respektierten Väter in die Hand zu nehmen sich ansetzen.

Die ganze Aufmerksamkeit spitzt sich jetzt darauf zu, ob Serbien seinen „Korridor“ zum Meere nach Süden, zur Adria, oder nach Westen, zur Adria, bekommen soll. Serbien selbst wünscht stürmisch den Ausgang zur Adria, und man darf ohne weiteres annehmen, daß Rußland als Stützer und Dränger hinter diesem Wunsche steht. Der Zutritt zum Adriatischen Meere wäre für Serbien an sich geographisch viel natürlicher und günstiger, aber offenbar wollen Griechenland und Bulgarien nicht, daß ihnen Serbien mit einem Hülfen nach der verhältnismäßig nicht sehr ausgedehnten Küste des adriatischen Meeres Konkurrenz bereitet und sich zwischen sie beide wie ein Keil hineinschiebt. Man kann dies sehr wohl begreifen; andererseits ist es nicht minder verständlich, wenn Österreich-Ungarn das Erscheinen Serbiens am Adriatischen Meere als eine Beeinträchtigung seiner eigenen Interessen empfindet. Es ist sicher weniger der serbische Handel, dessen Entwicklung über nahegelegene Häfen Österreich fürchtigt, als vielmehr die Wahrscheinlichkeit, daß serbische Häfen für die russische Flotte einen wertvollen Stützpunkt abgeben könnten. Rußland könnte sozusagen auf dem Wege über Serbien in der Adria erscheinen und im Ernstfalle den Österreichern durch Sperrung des Meeres die größten Schwierigkeiten bereiten. Daß Österreich mit aller Eifersucht darüber wacht, daß das Adriatische Meer, die einzige Stelle, an der es maritim an den Weltverkehr angeschlossen

Häfen für reine Handelszwecke der Serben keine Bedenken geltend machen würde. Man sollte meinen, daß bei einer allseitigen sachlichen Würdigung eine Verständigung sich sehr wohl erzielen lassen müßte. Freilich ist es sehr bedauerlich, daß in diesem Moment die sozialdemokratische Presse in der täppischen Person des „Vorwärts“ der Politik des eigenen Landes in den Rücken fällt und dadurch den Vorforderungen der Triple-Entente wenigstens bis zu einem gewissen Grade Vorschub leistet. Wenn der „Vorwärts“ diese kritischen Zeiten dazu benutzt, um Österreichs Haltung mit den denkbar schärfsten Ausdrücken zu verurteilen und von uns zu behaupten, wir ständen „im Dienst der hebburgischen Hausmacht“, und wun-leiber auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ Karl Ventner in der Politik des Wiener Kabinetts lediglich eine Politik des Argers, des Zorns und der verzögerten Eitelkeit erblickt, so wird bei diesen Angriffen vergessen, daß der kluge Politiker auch Entwicklungen vorbeugen muß, die der eigenen Sache demaleinst gefährlich werden könnten. Solche Entwicklungsmöglichkeiten liegen aber hier vor, und es ist politische Schwachheit, wenn man Österreich verhindern will, auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen und Ansprüche seine Rechte nach dieser Richtung hin geltend zu machen; und ebenso ist es kurzfristig, wenn man Deutschland aus der diplomatischen Unterdrückung dieser Auffassung seines Landes, gewissens einen Vorwurf macht. Darin stimmt man ja im deutschen Volke wohl allseitig überein: einen kriegerischen Konflikt wegen Albanien und Serbien, in den Deutschland hineingezogen würde, würde das deutsche Volk nicht verstehen; ohne die Wichtigkeit der dort unten spielenden Ereignisse zu verkennen, hat die deutsche Bevölkerung doch die berechtigste Forderung, daß wegen der adriatischen Häfen das Blut auch nicht eines Grenadiers und nicht eines Semmels vergossen werden darf. Aufgabe der deutschen Diplomatie ist es, diesem absoluten Bedürfnis des deutschen Volkes nach Nichtbeteiligung in die kriegerischen Wirren gerecht zu werden und doch den Wünschen des Dreibundes energisch Nachdruck zu verleihen. Möge unsere Diplomatie, die in der Kunst des Prophezeiens so wenig Glück hatte, nunmehr Glück haben in der friedlichen Vereinfachung ihrer Auffassungen und Forderungen!

## Ueber eine wichtige Verhandlung in der Kommission des preuß. Abgeordnetenhauses zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes

Schreibt man uns aus parlamentarischen Kreisen: Von fortschrittlicher Seite war bei Beginn der zweiten Lesung in der Kommission wiederum, wie bei der ersten Lesung, der Antrag gestellt worden, die Berichte über Revisionen der Tätigkeit der Veranlagungskommissionen und ihrer Vorsitzenden, der Landräte, der Kommissionen vorzulegen, und zwar unter Ausschaltung der Namen und Ortsangaben. Man hielt von fortschrittlicher Seite wie in der ersten Lesung die Vorlegung des Materials für um so notwendiger, als aus der veröffentlichten Prekularberichterstattung des Ministers des Innern vom 9. Januar 1912 zu ersehen ist, daß eine ganze Reihe von erheblichen Verstößen auch von dem Minister des Innern genügt worden sind. Erst bei der Vorlegung des Materials werde erkennen lassen, ob dieses nicht für die Fassung der Beschlüsse über den Bericht in den Einzahlungskommissionen von bedeutender Tragweite sein würde. Von anderer Seite wurde entgegnet, die Vorlegung sei unzulässig. Dieser Ansicht schloß sich der Finanzminister an, der sich übrigens in der ersten Lesung der Kommission folgendermaßen geäußert hatte:

Der Erlaß des Ministers des Innern, mit dessen Inhalt er völlig einverstanden sei, sei das Ergebnis von 14 Revisionen, die in verschiedenen Teilen der ganzen Monarchie vorgenommen seien. Bei diesen Revisionen habe sich ergeben, daß die besonderen Veranlagungskommissionare durchweg, die Landräte nur zum kleineren Teil den zu stellenden Anforderungen genügt hätten. In dem Erlaß werde eingehend zum Ausdruck gebracht, was bei den Revisionen besonders hätte gerügt werden müssen. Die

Gründe für die vorgefundenen Mängel lägen fast überall darin, daß die Landräte sich persönlich nicht genügend um das Veranlagungsgeschäft gekümmert hätten, und daß infolgedessen manche Vorschriften, die zu beachten gewesen wären, nicht genügend beachtet worden seien; und zwar Vorschriften, deren Befolgung sowohl im Interesse des Staates wie im Interesse der Rentisten notwendig gewesen wäre. Der Erlaß lege den Landräten sehr dringend an Herz, sich in Zukunft persönlich eingehend um das Veranlagungsgeschäft zu kümmern. . . .

Trotz dieser für die Landräte wenig schmeichelhaften Darlegungen des Finanzministers wurde der Antrag auf Vorlegung des Materials auch in der zweiten Lesung von einer Mehrheit aus Konservativen und Zentrum gegen die Stimmen der Fortschrittler, der National-liberalen und der Freikonserverativen abgelehnt. Hierbei bemerkten wir als charakteristisch, daß der fortschrittliche Antrag in erster Lesung nur mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt war und daß damals die Freikonserverativen gegen den Antrag stimmten. Da die Freikonserverativen jetzt für den Antrag stimmten, wäre er angenommen worden, wenn nicht einige Mitglieder des Zentrums im Gegenfalle zu ihrer Haltung bei der ersten Lesung jetzt gegen den Antrag gestimmt hätten. Ein Reber des Zentrums motivierte die Abstimmung in der zweiten Lesung mit der Rücksicht auf die Wagerung des Finanzministers, das Material vorzulegen. Von freistüniger Seite wurde sofort darauf aufmerksam gemacht, daß der Finanzminister diese Haltung ja auch in der ersten Lesung eingenommen habe, gleichwohl aber einige Zentrumsmitglieder damals für den Antrag gewesen seien und sogar ein Zentrumsmitglied, das bei der Abstimmung am Erscheinen behindert war, nachträglich erklärt hätte, daß wenn es anwesend gewesen wäre, es für den Antrag gestimmt hätte.

Man sieht aus dieser Entwicklung der Abstimmung wieder einmal, daß das Zentrum nur zu gern gewillt ist, den Wünschen der Konservativen und der Regierung nachzukommen. Die fortschrittliche Anregung, durch Vorlegung der Revisionsberichte endlich einmal der Tätigkeit der Landräte als Vorsitzender der Veranlagungskommission näher auf den Leib zu rücken, ist lediglich durch das Zentrum verhindert worden. Es ist wertvoll, dies zu konstatieren.

## Zu dem Poststempelgesetzentwurf.

Der an diesem Montag als Druckfache des Reichstags verteilt worden ist, nachdem bereits Ende voriger Woche sein Inhalt offiziös mitgeteilt worden war, wird der „Frei- Zeitung“ geschrieben:

Eine Erledigung der Gebührenfrage, wie sie der Entwurf vornimmt, liegt keineswegs im Interesse des gemeindlichen Mittelstandes, wie folgende Rechnung deutlich ergibt. Im Zukunft soll jede Einzahlung mit Zahlkarten 10 Pf. kosten. Bisher kosteten die ersten 600 Bindungen bzw. Einzahlungen je 5 Pf., im ganzen also 30 Mk. Wenn der Entwurf Geleg werden sollte, so würden sie je 10 Pf., im ganzen also 60 Mk. kosten. Wie sich bei 1000 Einzahlungen die Sache stellt, sieht man aus folgender Gegenüberstellung: Bisher waren zu zahlen 1000 x 5 Pf. = 50 Mk., dazu für die letzten 400 Einzahlungen 7 Pf. Zuschlag = 28 Mk., im ganzen also 78 Mk. In Zukunft sind 1000 x 10 Pf. = 100 Mk. zu zahlen. 1500 Bindungen würden zurzeit 138 Mk., nach dem Geleg 150 Mk. kosten. Da nun die meisten Konten von kleinen und mittleren Geschäften nur 1000 Bindungen im Jahre haben — viele werden sogar innerhalb der geringeren Grenze von 600 Bindungen bleiben — so bedeutet die angeänderte Regelung tatsächlich eine neue Belastung der kleinen und mittleren Geschäfte, die um ihre Existenz schon ohnehin schwer genug zu kämpfen haben. Die Begründung zum Gelegentwurf weist zwar darauf hin, daß nach dem neuen Tarif die Einzahlungsgebühren bei der Einlieferung der Zahlkarten vom Einzahler gezahlt werden sollen, was nicht geltehen, um solche Kontenhaber, deren Verkehr jährlich nicht mehr als 600 Bindungen erfordert, durch die Erhöhung der Einzahlungsgebühr auf 10 Pf. nicht zu belasten. In Wirklichkeit ist aber den Geschäften mit der eben erwähnten Bestimmung gar nichts geblieben. Denn die Einzahlungsgebühr wird, wie das auch früher mit dem Porto für Postanweisungen geschah, dem Empfänger einfach von dem Empfänger bezahlt, es war, daß die Gebühren mit Zustimmung des Bundesrats durch den Reichstangler herabgesetzt werden „sollen“, der Reichs-



hochachtungsvoll Schlußgesetz Serbiens zu bezeichnen, aber doch die Wünsche Österreichs zu erfüllen; diese Hoffnung ist um so berechtigter, als Österreich der wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens durchaus wohlwollend gegenübersteht, gegen die territoriale Ausbreitung des kleinen fege-reichen Landes nichts einzuwenden hat und, wie man verschiedentlich hörte, auch gegen die Benutzung adriatischer